



In Trägerschaft von



## **PRESSEMITTELUNG: MASSIVER ANSTIEG BEI ANTISEMITISCHEN VORFÄLLEN: UNABHÄNGIGE DOKUMENTATIONSSTELLE VERÖFFENTLICHT ZAHLEN ZU DOKUMENTIERTEN ANTISEMITISCHEN VORFÄLLEN FÜR DAS JAHR 2024**

Die landesweite Informations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus in Schleswig-Holstein (LIDA-SH) veröffentlicht im Rahmen der Landespressekonferenz am 15.05.2025 ihre Erkenntnisse zu den für das Jahr 2024 dokumentierten antisemitischen Vorfällen. LIDA-SH verzeichnet dabei mit 588 (23: 120) Vorfällen einen noch nie dagewesenen Höchststand dokumentierter Fälle seit Gründung von LIDA-SH.

Im Schnitt dokumentierte LIDA-SH mehr als elf Vorfälle pro Woche. Auch in Schleswig-Holstein ist Antisemitismus ein komplexes Phänomen, das sich in unterschiedlicher Form und Intensität ausdrückt.

Die Struktur und das Aufkommen der dokumentierten Fälle verweist weiterhin auf ein massives Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle: Es muss davon ausgegangen werden, dass diese Dokumentation nur einen Bruchteil der Fälle abbildet. Das hohe Aufkommen von Antisemitismus in verschiedens-

ten Formen, auch in Gestalt des gehäuft auftretenden israelbezogenen Antisemitismus, erschwert insbesondere Jüdinnen und Juden in Schleswig-Holstein die Partizipation am öffentlichen Leben.

Auch wenn sich der Großteil der dokumentierten Fälle weiterhin unterhalb der Angriffsschwelle befindet, steigen die Fälle, bei denen von einem erhöhten Gefährdungspotential auszugehen ist, erneut drastisch. Solche Vorfälle passieren dabei nicht im luftleeren Raum – sondern sind vielmehr als Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Klimas zu verstehen, in denen gezielte Sachbeschädigungen, Bedrohung und körperliche Angriffe überhaupt erst möglich werden.

Wie sich bereits im Jahr 2023 abzeichnete, wird das persönliche Umfeld von betroffenen Personen zunehmend unsicherer. Insbesondere geschützte Orte werden immer häufiger zum Ziel antisemitischer Handlungen.

SEITE 1/5

Im Vergleich zum Vorjahr wurden Jüdinnen und Juden, sowie Orte des jüdischen Lebens, öfter mit antisemitischen Vorfällen konfrontiert. Besonders häufig finden diese im öffentlichen Raum, meist auf der Straße statt – aber auch im persönlichen Nahraum, wie dem eigenen Wohnumfeld, werden Jüdinnen und Juden vermehrt mit Antisemitismus

konfrontiert. Diese Vorfälle haben im Besonderen das Potential, das Sicherheitsgefühl der Betroffenen massiv zu beeinträchtigen. Daneben ist Antisemitismus eine alltagsprägende Erfahrung für Jüdinnen und Juden in Schleswig-Holstein, dessen Omnipräsenz ihnen zunehmend die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert.

Die Auswertung wird ab dem 15.05. auf der Webiste von Zebra e.V. veröffentlicht.

<https://www.zebraev.de/aktuelles/>

#### KONTAKT ZUR DOKUMENTATIONSSTELLE:

Joshua Vogel  
E-Mail: [vogel@lida-sh.de](mailto:vogel@lida-sh.de)  
Telefon: 0152 27 80 28 96

Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus des Landes Schleswig-Holstein  
Dr. h.c. Gerhard Ulrich  
Bei Presseanfragen: [pressestelle@bimi.landsh.de](mailto:pressestelle@bimi.landsh.de)  
E-Mail: [beauftragter@bimi.landsh.de](mailto:beauftragter@bimi.landsh.de)

#### KONTAKTE ZU DEN O-TON GEBER\*INNEN:

Verband Jüdischer Studierender Nord (VJSNord)  
Ariella Haimhoff  
E-Mail: [ariella@vjsnord.de](mailto:ariella@vjsnord.de),  
Junus Eliasberg  
E-Mail: [j.d.eliasberg@gmail.com](mailto:j.d.eliasberg@gmail.com)

Jüdische Gemeinde Kiel e. V.  
Walter Joshua Pannbacker  
Beauftragter gegen Antisemitismus  
Waitzstraße 43, 24105 Kiel  
E-Mail: [as-beauftragter@lvjgsh.de](mailto:as-beauftragter@lvjgsh.de)  
Tel.: (04 31) 232 04 33  
mobil: 01 76-511 575 87

Jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein  
K.d.ö.R.  
Viktoria Ladyszenski, Geschäftsführerin  
E-Mail: [gemeinschaft@jgkur.de](mailto:gemeinschaft@jgkur.de)

Die Dokumentationsstelle LIDA-SH wird durch das Landesdemokratiezentrum im Rahmen des Landesprogramms zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung gefördert.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerungen des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein und des Landesdemokratiezentrams beim Landespräventionsrat Schleswig-Holstein dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der oder die Autor\*in bzw. tragen die Autor\*innen die Verantwortung.

SEITE 2/5

## ANSTELLE EINES PRESSESTATEMENTS VERÖFFENTLICHEN WIR HIER DIESEN TEXT VOM VERBAND JÜDISCHER STUDIERENDER NORD (VJSNORD)

Stellen Sie sich vor, Sie studieren gerade an der Uni. Dabei ist es gleich, was Sie studieren. Jura, Medizin, Geschichte, Kunst...

Auf dem Weg zur ersten Vorlesung des neuen Semesters sehen Sie Plakate, die in der Nähe des Campus aufgehängt wurden. Darauf sind Bilder von den israelischen Geiseln; Ihre Namen, ihr Alter, ihre Gesichter, mit dem Schriftzug „Bring them Home“ – ein stummes Gebet, das in Ihrem Kopf wiederhallt. Doch sie sind beschmiert, die Gesichter heraus gekratzt, „Free Palestine“, Hassparolen – Sie schauen weg und gehen weiter.

Im Hörsaal angekommen, überhören Sie Gesprächsfetzen.

„Apartheidstaat!“, „Kolonialisten!“, sogar „Gerechtigkeit für Osama Bin Laden!“ Früher hätten Sie mit Komilitonen über Belangloses geplaudert, doch nun ist das Herz zu schwer. Stattdessen nehmen Sie Ihr Handy zur Hand. Doch auch dort: „#Israhell, #CeasefireNow!, #Holocaust2.0 #All-EyesOnRafah“. Es wird nicht besser. Es gibt kein Entkommen.

Holocaustrelativierungen, NS-Vergleiche, Gewaltverherrlichung... Terroristen seien seit neuestem „Freiheitskämpfer!“?

Es scheint, als stehe die Welt Kopf, als wäre jegliche Menschlichkeit, Empathie und gesunder Menschenverstand fort.

Der Dozent beginnt seine Vorlesung, aber Stochastik, Gastrointestinaltrakt oder Vertragsrecht finden keinen Platz mehr im Kopf.

Nach der VL entscheiden Sie sich dazu, zur Uni Bibliothek zu fahren, in der Hoffnung die Vorlesung in Ruhe nachzuarbeiten. An der Haltestelle Uni Hochhaus angekommen, stechen Ihnen sofort Sticker und Schmierereien ins Auge. „Free Gaza!“, „Israel=Kindermörder“ – Antisemitische und antizionis-

tische Hetze. Wieder kein Entkommen. Sie fassen den Mut zusammen und reißen einige ab, bevor der Bus kommt. Im Bus begegnen Ihnen Studenten mit Keffiyas. Gut, dass Sie nur 3 Stationen fahren, denken Sie sich.

In der Bibliothek endlich Freunde! Doch im Gruppenraum, in dem Sie sitzen: Hakenkreuze. Sie melden es und suchen einen neuen Raum. Nun an die Arbeit denken Sie sich. Sie ziehen sich Ihre Kopfhörer an und holen ihre Materialien aus der Tasche, da fällt Ihnen ein fremder Briefumschlag raus. Sie öffnen ihn und lesen:

„Zionistischer Hund, Unsere Brüder in Rafah werden gerächt. Du kannst das Schwert des Islams zeitlos über deinem Kopf finden. Kein Jude auf der Welt wird frei leben, bis unschuldige Palästinenser ohne Angst zu Bett gehen. From the river to the sea Palestine will be free“

Davon war nichts ausgedacht. Das ist unser Alltag. Dieser Ausschnitt aus dem Brief eines Jurastudent, die Hakenkreuze in der Bibliothek, die zahlreichen Sticker und Schmierereien. Hinzu kommen die persönlichen Angriffe und die Hetze in aller Öffentlichkeit gezielt gegen einzelne Individuen, die versuchen, ihre Stimme dagegen zu erheben.

Das ist kein bloßes Nachbeben eines fernen Konflikts. Es ist der ubiquitäre, allgegenwärtige Antisemitismus unserer Zeit. Häufig von Rechts, aber immer öfter auch von Links und immer deutlicher aus islamistischem Milieus.

Dagegen vorzugehen darf nicht und sollte nicht Aufgabe junger Jüdinnen und Juden sein. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung – sozial, historisch und politisch.

Vielen Dank.

SEITE 3/5

LANDESVERBAND DER JÜDISCHEN GEMEINDEN VON SCHLESWIG-HOLSTEIN  
PRESSEERKLÄRUNG

## ENTSETZEN ÜBER DEN DRAMATISCHEN ANSTIEG ANTISEMITISCHER VORFÄLLE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Mit großer Bestürzung beobachtet der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein K.d.ö.R. den massiven Anstieg antisemitischer Vorfälle im Land seit dem 7. Oktober 2023. Die Übergriffe, Bedrohungen und Anfeindungen haben ein Ausmaß erreicht, das uns in seiner Dimension und Aggressivität schockiert.

Dieser dramatische Anstieg antisemitischer Handlungen hat unmittelbare Folgen für die objektive Sicherheit jüdischer Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. Synagogen, Gemeindehäuser, jüdische Einrichtungen und selbst Privatadressen müssen unter Polizeischutz stehen. Einzelne jüdische Menschen sehen sich gezwungen, ihr Judentum im Alltag zu verstecken, aus Angst vor Übergriffen. Diese Entwicklung ist eines Rechtsstaats unwürdig.

Gleichzeitig ist das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Gemeindemitglieder massiv erschüttert. Viele Jüdinnen und Juden im Land empfinden eine tiefe Unsicherheit, Angst und Isolation. Das Vertrauen, in Deutschland in Freiheit und Sicherheit leben zu können, wird schwer beschädigt.

Das jüdische Gemeindeleben, das auf Offenheit, Begegnung und kulturellen Austausch setzt, leidet erheblich. Veranstaltungen müssen abgesagt oder unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen durchgeführt werden. Die Freude an gelebter jüdischer Tradition und Kultur wird durch die allgegenwärtige Bedrohung überschattet.

Doch der Anstieg des Antisemitismus trifft nicht nur die jüdische Gemeinschaft. Er erschüttert die Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Antisemitismus ist ein Angriff auf Menschenwürde, Pluralismus und Toleranz – auf all das, was unsere Demokratie stark macht. Ihm ent-

schieden entgegenzutreten, ist daher eine Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Die geschichtliche Erfahrung lehrt uns, dass die Erosion der Grundrechte oft bei Juden und anderen Minderheiten beginnt, aber nie bei ihnen endet.

Wir haben zudem den Eindruck, dass die Zunahme antisemitischer Aktivitäten Teil einer bereits vor dem 7. Oktober 2023 geplanten internationalen Kampagne der Hamas und ihrer Terror-Unterstützer ist, die darauf abzielt, den Staat Israel, aber auch das Judentum allgemein auf politischer und gesellschaftlicher Ebene zu delegitimieren. Die Angriffe auf jüdisches Leben in Deutschland erscheinen in diesem Kontext als Teil eines umfassenden, orchestrierten Angriffs.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass Antisemitismus nach wie vor aus allen gesellschaftlichen und politischen Richtungen kommt: von Rechtsextremen, Islamisten und Teilen der politischen Linken gleichermaßen – und sich auch in der „Mitte der Gesellschaft“ findet. Diese traurige Tatsache erfordert eine umfassende, gesamtgesellschaftliche und entschlossene Reaktion.

Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein K.d.ö.R. appelliert an Politik, Zivilgesellschaft und jede Bürgerin und jeden Bürger: Stellen Sie sich dem Antisemitismus in jeder Form entschieden entgegen. Schützen Sie jüdisches Leben – es ist ein unverzichtbarer Teil unserer gemeinsamen Zukunft.

Kiel, den 15. Mai 2025

Walter Joshua Pannbacker

Beauftragter gegen Antisemitismus

SEITE 4/5

## JÜDISCHE GEMEINSCHAFT SCHLESWIG-HOLSTEIN K.D.Ö.R.

„Die Gesellschaft nimmt die Bedrohung für uns kaum wahr. Bedauerlicherweise fielen die Solidaritätsbekundungen deutscher Zivilgesellschaft oft durch ihre lange Abwesenheit und Schwammigkeit aus. Scheinbar ist es kein einfaches Unterfangen, Worte der Empathie und Menschlichkeit zu finden, wenn es sich um massakrierte Israelis oder Juden handelt. Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass Antisemitismus für uns unerträglich wird. Wir wün-

schen uns, dass Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Problem angegangen wird, dass die schweigende Mehrheit wach wird und klar Position gegen Antisemitismus und Judenhass in Deutschland bezieht. Wenn in vielen gesellschaftlichen Bereichen dem Antisemitismus nicht entschieden und konsequent begegnet wird, werden die sicheren Räume für Juden immer enger, bis sie komplett aus ihnen verdrängt werden.“

### DR. H.C. GERHARD ULRICH – BEAUFTRAGTER FÜR JÜDISCHES LEBEN UND GEGEN ANTISEMITISMUS DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

„Der drastische Anstieg antisemitischer Vorfälle um 390 Prozent ist erschütternd – für die jüdischen Menschen in Schleswig-Holstein bedeutet er nach dem 7. Oktober 2023 einen weiteren tiefen Einschnitt. Diese Zahlen stehen nicht nur für Angriffe und Anfeindungen, sondern auch für einen spürbaren Verlust an Respekt, Toleranz und Achtung der unantastbaren Würde des Menschen in unserer Ge-

sellschaft. Wir dürfen das nicht hinnehmen. Es ist jetzt Aufgabe von Politik, Zivilgesellschaft und jeder und jedem Einzelnen, dieser Entwicklung entschlossen und mutig entgegenzutreten.“

– Dr. h.c. Gerhard Ulrich, Beauftragter des Landes Schleswig-Holstein für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus

SEITE 5/5